

Neue Kulturpolitik in den Neuen Bundesländern?¹

Tobias J. Knoblich

I.

Macht ist Kultur, und Kultur ist Wissen.
Erik Neutsch (1973)

Kulturpolitik in den Neuen Bundesländern ist ein Feld, das zum einen noch wenig erforscht ist, sich zum anderen aufgrund des Kulturföderalismus auch einer allzu leichten Generalisierung entzieht. Ich möchte dennoch der Frage nachgehen, welche zentralen Entwicklungen es seit 1990 gegeben und wie die Neue Kulturpolitik Spuren hinterlassen hat. Weiterhin soll nach Modernisierungsimpulsen gesucht werden, die von ostdeutschen Ansätzen in der Kulturpolitik ausgehen.

Dabei greife ich zunächst die Untersuchungsergebnisse von Göschel, Mittag und Strittmatter auf (Göschel et al. 1995), möchte diese aber kontrastieren mit den Befunden der Studie »Labor Ostdeutschland«, die die Kulturstiftung des Bundes in Auftrag gegeben hatte (vgl. Bauer-Volke/Dietsch 2003). Während Göschel, Mittag und Strittmatter in der »befragten Reform« (1995) das Nutzerverhalten analysieren und die Frage in den Vordergrund stellen, ob die mit der Neuen Kulturpolitik durchgesetzten Kultureinrichtungen zu einer Ergänzung traditioneller Angebote oder zu einer eher subkulturellen Ausdifferenzierung beigetragen haben – was auch Auswirkungen auf den Transformationserfolg haben sollte –, vermittelt »Labor Ostdeutschland« (2003) die Probleme mit einem umfassenden gesellschaftlichen und kulturellen Wandel nach der politischen Wende, der vom Diktum, die kulturelle Substanz dürfe keinen Schaden nehmen, ausgeht. Immer wieder scheint hier die Kritik auf, der »weite Kulturbegriff« habe nicht hinreichend in struktur- und förderpolitische Konzepte gefunden, der Wandel gehe zu stark von traditionellen Einrichtungen der Hochkultur aus und berücksichtige zu wenig das breite Verständnis von Kultur in der DDR (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 1991: 14ff.), aber auch die Reformbemühungen der Alt-Bundesrepublik.

1 Der Beitrag ist zuerst erschienen im Jahrbuch für Kulturpolitik des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft 2006 – Thema: Diskurs Kulturpolitik.

»Die befragte Reform« zeigt im Wesentlichen, dass das Konzept Neue Kulturpolitik (in West wie Ost) stärker als intendiert eine selektive Wahrnehmung kultureller Angebote unterstützt und auf der verteilungsorientierten Ebene weitgehend scheitert. Es sind weit stärker die »kulturnahen« Bevölkerungsgruppen mit hohen Bildungsabschlüssen, die die neuen Angebote zusätzlich nutzen; eine Ausweitung der Rezeption derer, die primär von der Neuen Kulturpolitik in den Blick genommen wurden, gelingt eher nicht. Zu einem Zeitpunkt, da auch in Ostdeutschland die »freie Szene« und ein Begriff wie Soziokultur eingeführt ist und parallel an der Einheit der Kulturnation gearbeitet wird, zeigen die Autoren der Studie, dass kulturpolitische Entscheidungen in ihren Voraussetzungen und Wirkungen differenzierter überdacht werden müssen. »Flächendeckende Kulturversorgung« anzustreben, erscheine nicht plausibel, vielmehr müsse es um eine »Pluralität der Einrichtungen« gehen, um Programmautonomie, Profil und Qualität (vgl. Göschel et al. 1995: 270ff.). Dies hat Auswirkungen auf das Konzept der Neuen Kulturpolitik, aber auch auf das Verständnis einer unstrittigen Kulturinfrastruktur, wie sie der Kulturartikel des Einigungsvertrages intendiert. Für eine sozial weniger heterogene Gesellschaft wie die der untergegangenen DDR (Engler 2000) scheint dies keine schlechte Feststellung zu sein, wäre sie nicht mit der erdrückenden (und in mancherlei Dimension auch nützlichen) Nationalrhetorik konfrontiert gewesen und hätten ihre letzten Entscheidungsträger (im Ministerium für Kultur) nicht die legitime Erwartung gehabt, so viel wie möglich an kulturellen Schätzen und überdauernden Institutionen in ein geeintes Deutschland einzubringen. Dennoch wäre eine kulturpolitische Zäsur, die die positiven Errungenschaften der Neuen Kulturpolitik und ihrer Programmatik sowie die notwendige Reformulierung einer nationalstaatlichen Kulturauffassung versucht hätte, theoretisch hilfreich gewesen. Es konnte – nüchtern und pragmatisch betrachtet – jedoch nicht um eine realistische »Bedarfsabfrage« gehen, die den Status quo der Kulturpolitik in der Alt-Bundesrepublik berücksichtigt und den Kulturbegriff der DDR auf Anschlussfähigkeiten prüft, sondern nur um die vorpolitische Klammerfunktion der Kultur: gereinigt von den Reformentwürfen der Bundesrepublik, und ebenso gereinigt vom ideologischen Ballast, der zur breitenkulturellen Dichte in der DDR geführt hatte – und damit gereinigt von durchaus vergleichbaren Angebotsstrukturen. Die Kultur war in Deutschland schon immer vor der Politik, und so folgt die Nachwende-Kulturpolitik ihrem Gegenstand in gemäßigter Distanz. Sie affirmiert, was es zu affirmieren gilt, und sie knüpft selektiv an, woran anzuknüpfen opportun erscheint.

So bestimmt auch »Labor Ostdeutschland« die Macht der Nationsbildung als Ausgangssituation zur Erkundung erfolgreichen Wandels, problematisiert aber ebenso die anfänglich segensreiche Wirkung von Artikel 35 des Einigungsvertrages und die im Verlauf sichtbar werdende Einengung des Blicks. Folgt man Benedict Anderson (2005), so kann man das Ganze auch als kreativen Ansatz verstehen, wenn man die Nation als »imagined community« nicht auf die Klitterung von Versatzstücken reduziert, sondern als perennierenden Versuch begreift, Gemeinschaft zu stiften und zu erneuern. Sicher war der »Kulturartikel« nicht als Kampfpapole gegen die nachlassende Integrationskraft des Nationalstaates gemeint (vgl. etwa Münch 1998). Die dem Bund notwendigerweise eigene Konzentration auf Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung hat – spätestens mit dem Blaubuchprozess – zu dem Eindruck geführt, es gehe nur um Leuchttürme, die den kulturellen Zugewinn Ostdeutschlands symbolisieren und es von zeitgeschichtli-

chen Verwerfungen reinigen, denn es dominierte eine Museums- und Gedenkkultur, die bis auf das Panoramamuseum in Bad Frankenhausen die DDR-Vergangenheit ausklammerte. Doch in den einzelnen Ländern hat es durchaus differenzierte Ansätze gegeben, die die Kultur nicht auf diese Funktion reduzierten.

II.

Sozialismus muß mehr sein als ein Leben
ohne Ausbeutung,
es muß ein poetisches Leben sein.
Ulrich Dietzel (2003)

Auf der Suche nach dem »poetischen Leben«, das immer auch Arbeit und Kultur in eine enge Beziehung setzt, gab es nach der politischen Wende große Hoffnungen, die positiven Ansätze hinter der ideologischen Patina neu zu akzentuieren. Die anfängliche Suche nach der Zukunft der Kulturhäuser mag dafür stehen. Die investive Last jedoch wog bereits so schwer – von Standortfragen wie etwa in Unterwellenborn, ein Palast mitten im Grünen, ganz zu schweigen –, dass erste Bestandsaufnahmen (vgl. etwa Ruben/Wagner 1994) schnell einem fotografischen Blick des Bewahrens und Erinnerns im Geiste wichen. Simone Hain ist der wohl schönste und auch fachlich wertvollste Rückblick auf den seinerzeit schon morbiden Charme dieser breitenkulturellen Durchdringung des Gemeinwesens gelungen. Ihr Band »Die Salons der Sozialisten« enthält nicht nur eine Geschichte dieser Praxisform, die sich auch als soziokulturelle Frühgeschichte lesen lässt, sondern vor allem eindrucksvolle Fotografien, die die Radikalität des Wandels verdeutlichen (Hain/Stroux 1996).

Die Rede von der kulturellen Substanz schloss diese Dimension der Kulturarbeit oder zumindest Wege zu einer umfassenden infrastrukturellen Umdeutung etwa in Richtung Soziokultur aus. Wie die Ergebnisse der »befragten Reform« nahelegen, wäre eine systematische, an einer reinen Verteilungslogik orientierte Einführung von Soziokultur gewiss auch nicht sinnvoll gewesen, ein Infrastrukturprogramm Kulturhäuser wohl ebenso wenig, vielleicht aber ein Versuch, die Wechselbeziehungen zwischen »kultureller Substanz« und freier, basisnaher Kulturarbeit in den »neuen« Regionen Ostdeutschlands näher zu untersuchen und Anreize zu schaffen, ohne in die hoheitlichen Aufgaben der Länder einzugreifen.

Ebenso ausgeschlossen aus dem Substanzbegriff war die Rolle des Künstlers, der gern auf die Auftragskunst reduziert und als Verräter an der Freiheit der Kunst stigmatisiert worden ist. Der Umgang mit den Künstlern, den sozialen Rahmenbedingungen ihres Schaffens und die mögliche Rolle des Staates ist in Ostdeutschland ein Thema geblieben, mit dem recht hilflos umgegangen wird. Untersuchungen dazu etwa in Sachsen-Anhalt (von Constanze Stange) oder Sachsen (von Kurt Mühler und Steffen H. Wilsdorf) nähren unterschiedliche Erwartungshaltungen, oft geprägt von einem Versorgungsdenken, das aus der DDR herrührt und für viele unerlässlich zur Förderung des Kunstschaffens ist. Ist die soziale Lage der Künstler schon immer ein schwieriges Thema gewesen, wird es in Ostdeutschland – wohl aus Angst vor unbilligen Erwartungen an den Staat

– nur von oppositionellen Kräften immer wieder eingebracht. Die Kulturpolitik selbst zieht sich zurück und kann Untersuchungsergebnisse nicht vertieft reflektieren.

Insgesamt erfolgte die konzeptionelle Befreiung aus dem Diktum des Einigungsvertrages, kulturelle Substanz sei zu erhalten, in allen neuen Ländern nur mühsam. Wichtigster Grund dafür war in der Tat die enorme Dichte kultureller Infrastruktur und die Entwicklung historischer Kernlandschaften, denkt man an die klassischen Stätten in Thüringen, das reformatorisch geprägte Mitteldeutschland, die Kunstschatze Sachsens oder die vielen Burgen, Schlösser und Gärten von Wörlitz bis Potsdam. Der reformorientierte Impuls »Mehr Demokratie wagen«, der in die Forderung nach kultureller Demokratisierung mündete (vgl. Schwencke et al. 1974), bedurfte nunmehr der Übersetzung, denn Demokratie wagen hieß im Osten auch, Werte zu erhalten, die dem Verfall preisgegeben waren, hieß eben gerade restaurieren und bewahren. Im Westen hatte es gegolten, das Dilemma der Restauration nach 1945 zu überwinden. Bei vielen Parallelen in der Nachkriegsgeschichte zwischen Ost und West im Umgang mit der Kultur war die historische Situation nach 1989 doch eine wesentlich andere, sie brach die Argumentationsmuster der Neuen Kulturpolitik, die nun über viele Akteure, laufende Diskurse und Transformationsumwege in die kulturpolitische Selbstfindung der Länder und Kommunen sickerte. Sie kam nicht mit Protest, sondern mit Expertise und geschickten Protagonisten. Und sie nutzte sowohl den weiten Kulturbegriff der DDR als auch die Stellvertreterfunktion der Kultur in Religionsfragen, wo sie mit einer ungeheuer säkularisierten Gesellschaft umgehen musste. Sinn war und ist ein wichtiges Gut in einer sich beschleunigt wandelnden Gesellschaft, die ihre Anker bis ins 19. Jahrhundert auswirft und als Kulturturnation im Hier und Jetzt anzukommen versucht.

III.

Das Schlagwort vom Aufbau Ost hat sich seit langem als Programm für die Hilfen des Westens für Ostdeutschland eingebürgert. Es bezeichnet in den zwei Wörtern kurz und bündig die harte Arbeit derer, die diesen Aufbau zu leisten haben.

Paul Raabe (2002)

Am stärksten emanzipierten sich vom »Kulturartikel« gewiss der Freistaat Sachsen und Brandenburg. Das Land Brandenburg entschied sich für einen gleichermaßen intensiven wie extensiven Prozess der Kulturentwicklungsplanung mit hoher diskursiver Qualität. Das infrastrukturell überreiche Sachsen – über die Hälfte aller Kultureinrichtungen der DDR befanden sich plötzlich auf dem Territorium des wiedererstandenen Bundeslandes – suchte schon während der Übergangsfinanzierung Kultur des Bundes nach Lösungen, wie in Permanenz zu bewahren und zu erneuern sei (eine häufig verwendete Formulierung des ersten Kunstministers Hans Joachim Meyer). Nicht zufällig fielen mit der Entwicklung des Gesetzes über die Kulturräume (Kulturräumgesetz) (vgl. Knoblich 2001) 1994 wichtige Aspekte der Neuen Kulturpolitik ins Blickfeld. Das Gesetz reduzierte

sich nicht auf die kulturelle Substanz, indem es etwa Theater und Orchester oder Museen und Gedenkstätten ins Zentrum rückte (gleichwohl das Gesetz natürlich zunächst von den Theatern her gedacht worden ist), sondern brachte alle förderfähigen Sparten und damit neue Begriffe systematisch in die kulturpolitische Diskussion. So legte der Freistaat ein »Strukturförderprogramm Soziokultur« auf, um die in Transformation begriffene Breitenkultur und die sich bildende freie Szene grundlegend zu kanalisieren und sodann in die Strukturpolitik der Kulturräume zu integrieren. Durch diese Landesoffensive und die solidarische Bewirtschaftung der Kulturräume (durch Land und Kommunen) kam es zu einer erweiterten Sicht des Förderspektrums im Kulturbereich, das selbstverständlich eine Vielzahl freier Träger einschloss. Im Grunde genommen ist das Kulturraumgesetz der Garant dafür gewesen, dass sowohl die kulturelle Substanz keinen Schaden genommen hat als auch Einrichtungen und Initiativen der Basiskultur sich nach der Programmatik der Neuen Kulturpolitik flächendeckend und dauerhaft etablieren konnten. In keinem ostdeutschen Bundesland ist die Synthese aus Traditionsbewusstsein und bürgernaher Kulturarbeit so umfassend gelungen. Ausweis dessen ist noch immer die (bisher einzige) Regierungserklärung zur Kulturpolitik des Freistaates Sachsen aus dem Jahr 1997. Ein Leitbegriff der Neuen Kulturpolitik, Soziokultur, wird in keinem anderen ostdeutschen Bundesland so konsequent und auf allen Förderebenen verwendet. Ein vergleichender Blick in die Landeskulturkonzepte Sachsen-Anhalts (2004), das mit dem Begriff der Breitenkultur operiert, oder des Freistaates Thüringen (2005), das mit einem sehr diffusen Soziokulturbegriff arbeitet, kann dies stützen, gleichwohl in allen ostdeutschen Ländern soziokulturelle Arbeit gefördert wird.

Sehr frühzeitig hat Sachsen auch ein eigenständiges Beratungsgremium in Fragen der Kulturpolitik etabliert, das sich in letzter Zeit mit bemerkenswerten Stellungnahmen zu einer wichtigen Größe entwickelt hat und die Fortentwicklung einer eigenständigen Kulturauffassung in Sachsen voranbringt: den Sächsischen Kultursenat. Er ist 1993 auf der Grundlage eines Gesetzes gegründet worden. Elf Jahre später hat Sachsen-Anhalt diese Idee aufgegriffen und ebenfalls über ein Gesetz den Kultursenat des Landes Sachsen-Anhalt gegründet. Diese Senate haben einen anderen Status als etwa Landeskulturräte.

Fragt man nach den Bedingungen, unter denen im Osten Modernisierungsimpulse in der Kulturpolitik oder zumindest Adaptionen aus dem Repertoire der Neuen Kulturpolitik erfolgten, muss man sich immer auch vor Augen halten, dass die Neugründung der Bundesländer und damit die Findung eines kulturellen Ausdrucks eine wichtige Rolle spielten. So rückt beispielsweise Sachsen-Anhalt in seinen »Thesen zur Kulturpolitik« ganz deutlich drei Punkte ins Zentrum der Überlegungen: kulturtouristische Effekte, kulturelle Inhalte, die das Ansehen des Landes verbessern können, sowie Angebote, die kulturelle Identität stiften.² Auch die Regierungserklärung in Sachsen hatte sich dem Thema kulturelle Identität zugewandt, allerdings in der Überzeugung, nur über eine Stärkung der Regionen im Lande Einheit in Vielfalt herzustellen und in der Folge zu erhalten. Auch hier spielen natürlich kulturtouristische Erwägungen eine Rolle. Ebenso

2 Leitlinien zur Kulturpolitik des Landes Sachsen-Anhalt (Landeskulturkonzept), erörtert vom Landeskabinett und an den Landtag weitergegeben am 02.11.2004; Quelle: www.sachsen-anhalt.de

in der »Kulturland«-Kampagne Brandenburgs, die über die Vernetzung unterschiedlicher Kulturinstitutionen eine Erhöhung der touristischen Attraktivität, aber auch eine Auseinandersetzung mit dem Land Brandenburg intendiert (Bachmann/Voesgen 2003: 63ff.). Die Selbstfindung der Länder ist ein nicht zu unterschätzender Prozess, der in Sachsen-Anhalt mit schwachen Identitätswurzeln freilich anders verlaufen ist als in Sachsen oder Thüringen, das den Status Kulturland selbstbewusst beansprucht.³

Modernisierungsimpulse ergeben sich da, wo aus der Etablierung einer Landesidentität, einer konzeptionellen Untersetzung der Bewahrung kultureller Substanz und zeitgemäßen Förderprogrammen auch für »lebendige« Kultur Grundzüge von Landeskulturpolitik sich herauskristallisieren. Die Kommunen Ostdeutschlands sind in der Regel zu finanzschwach, um wirklich Akzente zu setzen. Seien es große Einrichtungen, umfassende Förderprogramme oder neue Festivals (wie etwa in Mecklenburg-Vorpommern): In der Regel sind es die Länder, die Kulturpolitik konturieren. In Sachsen und Thüringen (bei Letzterem erst in der Etablierung) sorgen Landeskulturstiftungen für eine durchdachte Förderkulisse, die insbesondere die zeitgenössische Kunst in den Blick nimmt. Es ist vielleicht noch zu früh, die Leistungen der Länder und Kommunen Ostdeutschlands umfassend zu bewerten, vor allem nach den Spuren der Neuen Kulturpolitik zu suchen, denn die Transformation ist noch längst nicht abgeschlossen und gewinnt durch den dramatischen Bevölkerungsschwund und die Krise der öffentlichen Haushalte immer mehr an Fahrt. Es wird sich zeigen müssen, ob sich nach dem »Kulturartikel« eine Dialektik von Bewahren und Erneuern einpegeln kann, die sowohl für eine ausgewogene Angebotsstruktur als auch für experimentelle Freiräume sorgt. Dabei wird es – wie Göschel, Mittag und Strittmatter schlussfolgern – darauf ankommen, nicht das eine gegen das andere aufzuwiegen, sondern ein differenziertes Profil zu unterstützen, das Bestand hat, die vorhandenen Zielgruppen erreicht und den Wandel zu begleiten versteht. Wünschenswert wäre freilich, dass dies mit einer programmatischen Offensive einhergeht. Dafür allerdings müsste das Politikfeld Kultur in allen ostdeutschen Ländern gestärkt und davor geschützt werden, dass es gegen die vergleichsweise geringen Kulturausgaben der alten Bundesländer immer mehr ankämpfen und sich legitimieren muss. Hier zeigt der Einigungsvertrag wieder seine Bedeutung: Ostdeutschland hat kulturpolitisch nur eine Chance, wenn der Reichtum seiner Kultur ernst genommen wird und Kulturausgaben auch jenseits des Diktums Substanzerhalt als wichtig anerkannt werden.

Literatur

- Bauer-Volke, Kristina; Ina Dietzsch (Hg.) (2003): *Labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel*, Halle an der Saale
- Anderson, Benedict (2005): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a.M./New York
- Bachmann, Götz; Hermann Voesgen (2003): »Kulturland Brandenburg. Eine Kampagne für regionale Kulturarbeit«, in: Bauer-Volke/Dietzsch (2003), S. 63–71
- Dietzel, Ulrich (2003): *Männer und Masken. Kunst und Politik in Ostdeutschland*, Leipzig

3 Vgl. Kulturkonzept des Freistaates Thüringen, Erfurt 19.07.2005, S. 5.

- Wolfgang Engler (2000): *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin
- Göschel, Albrecht; Klaus Mittag; Thomas Strittmatter (2005): *Die befragte Reform. Neue Kulturpolitik in Ost und West*, Berlin
- Hain, Simone; Stephan Stroux (Hg.) (1996): *Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR*, Berlin
- Institut für Demoskopie Allensbach (1991): *Kulturelles Interesse und Kulturpolitik. Eine Repräsentativumfrage über die kulturelle Partizipation, den Kulturbegriff der deutschen Bevölkerung und die Bewertung der Kulturpolitik*, Allensbach
- Knoblich, Tobias J. (2001): »Das Gesetz über die Kulturräume in Sachsen. Ein Beitrag zum Kulturföderalismus«, in: Thomas Röbbke; Bernd Wagner (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2001*, Thema: Kulturföderalismus, Bonn/Essen
- Münch, Richard (1998): *Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Neutsch, Erik (1973): *Auf der Suche nach Gott*, Roman, Halle an der Saale
- Raabe, Raul (2002): *In Franckes Fußstapfen. Aufbaujahre in Halle an der Saale*, Zürich, Hamburg
- Ruben, Thomas; Bernd Wagner (Hg.) (1994): *Kulturhäuser in Brandenburg. Eine Bestandsaufnahme*, Potsdam
- Schwencke, Olaf Klaus H. Revermann, Alfons Spielhoff (Hg.) (1974): *Plädoyers für eine neue Kulturpolitik*, München: Hanser
- Vogt, Matthias Theodor (Hg.) (1995): *Kulturräume in Sachsen. Eine Dokumentation zur Genese des Sächsischen Kulturraumgesetzes und zum »Probejahr« 1996*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag